



Das Copyright und alle Rechte bleiben bei der Basellandschaftlichen Zeitung AG.

Bei einer Veröffentlichung müssen wir auf einen Quellennachweis bestehen.

Die Verwendung zu kommerziellen Zwecken ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages erlaubt.

Basellandschaftliche Zeitung AG
Rheinstrasse 3, 4410 Liestal

<http://www.bz-online.ch>

Weiter ...

Die Krise als Ausrede

VON PETER BURKHARDT



Die Nachricht: Erstmals seit fünfzig Jahren ist die Teuerung in der Schweiz negativ. Damit fehlt den Arbeitnehmern das zentrale Argument für höhere Löhne. Das Problem: Schon nächstes Jahr steigt die Teuerung wieder. Damit werden die Mitarbeiter Reallohneinbussen erleiden.

Der Kommentar: Die Arbeitgeber können sich die Hände reiben. Der Teuerungsausgleich – in den Lohnverhandlungen der letzten Jahre immer eine der wichtigsten Forderungen der Gewerkschaften – ist in diesem Jahr schlicht kein Thema.

Es zeichnet sich ab, dass etliche Firmen diesen Trumpf in den Lohnverhandlungen ausspielen werden. Ihr Argument: Selbst eine Nullrunde entspricht bei einer Minusteuerung immer noch einer Reallohnerhöhung.

Dieser Trick verfängt jedoch nicht. Denn schon nächstes Jahr ist wieder mit einem Teuerungsanstieg zu rechnen. Von Reallohnerhöhungen also keine Spur. In Tat und Wahrheit müssen viele Angestellte Kaufkraft einbussen hinnehmen.

Dies ist umso schlimmer, als es ohnehin einen Unterschied gibt zwischen der statistisch erfassten und der gefühlten Teuerung, also dem, was man in der Realität zahlen muss. So fehlen im offiziellen Warenkorb die Krankenkassenprämien – und die werden im nächsten Jahr so manches Familienbudget sprengen.

Oft vergessen geht auch, dass zwei Drittel der Unternehmen nach wie vor satte Gewinne schreiben. Und die Produktivität erhöhen. Unter ihnen gibt es etliche, die dennoch eine Nullrunde planen, darunter die Post. Der Grossverteiler Coop schliesst eine Nullrunde ebenfalls nicht aus. Damit schneiden sich diese vom Binnenmarkt hochgradig abhängigen Firmen ins eigene Fleisch. Denn wenn Lohnerhöhungen auf breiter Front ausbleiben, dämpft das den Konsum zusätzlich. Und das wird Post und Coop ebenfalls treffen.

Der Verdacht drängt sich auf: So manche Firma benutzt die Krise als Ausrede, um die Löhne nicht erhöhen zu müssen. In den vergangenen Lohnrunden haben die Arbeitgeber aber immer darauf gepocht, dass Lohnerhöhungen «differenziert» vorzunehmen seien – also je nach Geschäftsgang eines Unternehmens. Daran sollten die gut laufenden Firmen auch in diesem Jahr denken. Nehmen wir sie doch beim Wort.

peter.burkhardt@sonntagonline.ch

Mit Lehman starb das Bankgeheimnis

VON ARTHUR RUTISHAUSER

Die Nachricht: Vor einem Jahr ging die amerikanische Investmentbank Lehman Brothers Konkurs. In der Folge krachte weltweit das Finanzsystem und in der Schweiz das Bankgeheimnis zusammen. Völlig unkontrolliert.

Der Kommentar: Vor Jahresfrist stand das Bankwesen und damit fast die ganze globalisierte Welt einen Moment lang still. Die Banken gaben sich untereinander kaum mehr Kredite, die Industrieunternehmen erhielten keine Aufträge mehr und die Politik geriet in Panik. Nach dem Konkurs von Lehman Brothers vergassen fast

alle Industrieländer ihre Sorgen um die Staatsdefizite und investierten Milliarden in Stützungsprogramme. Erst die Amerikaner, dann auch die Engländer und die Deutschen, und nur einen Monat später selbst die prinzipientreuen Schweizer. Denn schlagartig wurde allen klar, ein weltweiter Kollaps konnte nur noch vermieden werden, wenn keine einzige grosse Bank, keine einzige grosse Versicherung und kein einziges grosses Industrieunternehmen mehr pleite ging.

Doch das alles hatte auf absehbare Zeit eine gewaltige Neuverschuldung der Staatshaushalte zur Folge. Damit war jeder Finanzminister, ob sein Parteibuch nun rot oder schwarz ist, nur noch damit beschäftigt, Geld aufzutreiben. Und jeder Finanzminister weiss, dass er über kurz oder lang die Steuern erhöhen muss, um die Löcher zu stopfen. Insbesondere der amerikanische. Die Folgen waren sofort sichtbar. Auf die Schweiz und andere Steueroasen wuchs der Druck, Informationen über die nicht deklarierten Vermögen zu liefern. Denn nur mit diesem Ablenkungsmanöver kann den Wählern zu Hause erklärt werden, warum im Inland die Steuern erhöht werden müssen.

Als erste praktizierten dies die Amerikaner. Bereits vor Jahresfrist sprachen die Chefs der Schweizerische Nationalbank und der Finanzmarktaufsicht Finma beim Bundesrat vor. Sie machten auf die Achillesferse des Schweizer Bankgeheimnisses aufmerksam: der ungelöste Steuerkonflikt der UBS mit den USA. Doch beim Bund reagierte man zunächst kaum. Im Finanzministerium hiess es lange, das sei ein UBS-Problem und nicht ein schweizerisches. Sie irrten und mit ihm die Bankiervereinigung, die viel zu lange wartete, bis sie die unhaltbare Unterscheidung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung aufgab. Was dann kam, war die unkontrollierte Kapitulation und die Preisgabe eines Wettbewerbsvorteils ohne Gegenleistung. Schade.

arthur.rutishauser@sonntagonline.ch

EILMELDUNG + COUCHEPIN'S NACHFOLGER BEREITS BEKANNT! + EILMELDUNG + COUCHEPIN'S NACHFOLGER BEREITS BEKANNT!



Silvan Wegmann zur Bundesratswahl vom nächsten Mittwoch.

«Die Forderung nach Wegsperrung befremdet»

GASTBEITRAG VON RENATO ROSSI*



Die Nachricht: Laut einer Studie der Massnahmenzentren Arxhof BL und Uitikon ZH wird in der Schweiz jeder dritte junge Straftäter, der aus einer Massnahme entlassen wird, rückfällig. Damit liege die Rückfallrate deutlich tiefer als in Deutschland. Im «Sonntag» vom 23. August kritisierte Strafrechtsprofessor Martin Killias diese Studie: Die wahre Rückfallquote betrage 62 Prozent. Eine Replik.

Der Kommentar: Strafrechtsprofessor Martin Killias wirft den Verfassern der Rückfallstudie Manipulation vor, bezichtigt sie falscher Heilsversprechen und vergleicht sie mit zweifelhaften Finanzjongleuren, die unrealistisch hohe Erfolgsquoten versprechen. Killias hat die Studie nicht seriös gelesen. Diese will die Wirksamkeit der Behandlung in der Massnahme und nicht die des Schweizer Strafvollzugs aufzeigen.

Bei der Rückfälligkeit muss man differenzieren. Ob jemand einem anderen das Nasenbein bricht oder das Tramticket nicht bezahlt, ist ein erheblicher Unterschied. Wenn Killias auf 62,5 Prozent Gesamtrückfälligkeit hinweist (was immer noch deutlich tiefer ist als diejenige in den Jugendgefängnissen Mitteleuropas mit 80 Prozent), dann sind in dieser Zahl auch Übertretungen mit Bagatelldeliktcharakter eingeschlossen. Dieses Ergebnis schmälert die in der Studie erfasste Erfolgszahl von nur einem Drittel Rückfälligkeit mit einem schweren Delikt, sprich Verbrechen, nicht. Ausserdem zeigt die Studie, dass diejenigen, die rückfällig werden, im Schnitt immerhin weniger schwere Delikte begehen als vor der Massnahme. Dies kann durchaus als zusätzlicher Erfolg gewertet werden.

Killias beanstandet, dass die Studienverfasser nicht gelesen hätten, was in jedem Lehrbuch stehe: Das Auftreten von Rückfälligkeit ist abhängig von der Länge des beobachteten Zeitraums. Wer die Studie genau liest, merkt, dass der Beobachtungszeitraum zwischen 2 bis 11 Jahre beträgt. Die Zeit nach der Entlassung ist damit eher länger, mindestens aber auf einem ähnlichen Niveau wie bei vergleichbaren Studien.

Weiter behauptet Killias, die Massnahmenzentren würden «gute Risiken» aufnehmen, dadurch erkläre sich deren re-

lativer Erfolg. Das ist Unsinn! Wer in ein Massnahmenzentrum eingewiesen wird, hat in der Regel eine längere, teilweise massive delinquente Karriere hinter sich und ist in hohem Masse rückfallgefährdet. Eine schweizweit angelegte Studie der Universitäten Basel und Ulm zeigt deutlich, dass in den Massnahmenzentren Deliktschwere und psychische Störungen die höchsten Werte erreichen.

Killias suggeriert, dass im offenen Massnahmenvollzug die Eingewiesenen bei ihren «Ausflügen» in die nächstgelegene Stadt immer wieder gravierend rückfällig würden. Diese Behauptung ist schlicht falsch. In den letzten zwanzig Jahren ist es im Massnahmenzentrum Arxhof bei Fluchten und Urlaube nie zu gravierenden Rückfällen gekommen. Die Urlaube stellen ein wesentliches Instrument dar, den ehemaligen Tätern in einen neuen sozialen Lebensraum ohne delinquentes Umfeld einzuführen. Wirksamkeitsstudien belegen die Bedeutung dieses Faktors für einen rückfallfreien Verlauf nach Entlassung.

Killias meint weiter: Wenn die publizierten Zahlen stimmen würden, wären die Deutschen dumm, die schweizerischen Massnahmenzentren nicht zu kopieren. Tatsache ist: Mehrere Justizminister von deutschen Bundesländern waren auf dem Arxhof zu Besuch, um sich ein Bild unseres Konzeptes zu machen, und waren davon sehr angetan. In Baden-Württemberg ist der Bau einer an das Arxhof-Konzept angelehnten Institution in Planung.

Die Forderung nach schlichter Wegsperrung ist befremdend, zielt doch das schweizerische Strafrecht nicht nur auf Vergeltung, sondern vor allem auch auf die Resozialisierung des Täters ab. Gerade bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die für korrigierende Einwirkungen in der Regel noch empfänglicher sind, müssen die Resozialisierung und die Reintegration in die Gesellschaft das oberste Ziel sein. Herr Killias unterschlägt, dass zum Beispiel in deutschen Jugendgefängnissen das Faustrecht gilt und dass Folterungen und Tötungen unter Inhaftierten vorkommen. Solche Zustände kann man sich für die Schweiz wohl nicht wünschen. Ausserdem haben auch Gefängnisstrafen ein Ende und Entlassene ohne eine Haltungsänderung stellen für die Gesellschaft ein hohes Risiko dar.

*Renato Rossi ist Direktor des Massnahmenzentrums Arxhof